

Wenn ich Kanzlerin wäre...

„Jugendarbeit verstärken“



Reyhan Temiz, 31, Studentin aus Mannheim

... würde ich einen meiner Schwerpunkte auf das Bildungssystem setzen und dafür sorgen, dass die Jugendlichen von heute zum aktiven Teil der Gesellschaft von morgen werden.

Angesichts der steigenden Alterung der Bevölkerung muss eine verstärkte Jugendarbeit geleistet werden. Denn nur ausgebildete Fachkräfte können dafür Sorge tragen, dass die Rente zunehmend gesichert werden kann. Bildung ist der Schlüssel zur Verbesserung einer jeden Gesellschaftsstruktur. Eine gute Ausbildung fördert die Erfolgchancen der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt, der händierend nach qualifizierten Arbeitskräften sucht.

Zudem müssen Kinder aus bildungsarmen Familien mehr Unterstützung erhalten. Vor allem Schüler haben es hier oft schwerer als Schüler aus Akademikerfamilien. Oft haben sie den schlechteren Schulabschluss und bekommen unterbezahlte Jobs. Dies führt zu Unzufriedenheit und schlimmstenfalls Resignation. Daher bedarf es verstärkten Förderunterrichts für Schüler und Aufklärungsarbeit für die Familien, damit Chancengleichheit für alle besteht. Diese Form der Unterstützung stärkt die Autonomie der Schüler und Eltern. Durch die Förderung ergeben sich für Schüler neue Perspektiven. Das erleichtert den Weg zum Arbeitsmarkt.

Neuer Zopf im Wahlkampf



Im Bundestagswahlkampf ist ein neuer Wettstreit entbrannt: Es geht nicht darum, wer dem Volk, sondern wer Pippi Langstrumpf am nächsten steht. Eine gute Woche nach einer Gesangseinlage von SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles im Bundestag – die am Rednerpult das Lied der Kinderbuchfigur von Astrid Lindgren schmetterte – wetteifern die Parteien

darum, wer ähnlich mutig, kräftig und unkonventionell ist wie die Neunjährige mit den abstehenden roten Zöpfen? Nahles hatte gespotet, das Eigenlob der Regierung erinnere sie an Pippis Lied: „Ich mach' mir die Welt, widdewidde wie sie mir gefällt.“ Die Linke-Abgeordnete Sabine Zimmermann hakte schriftlich bei der Regierung nach, was die von dem Vergleich

halte. Offenbar viel. Der Staatsminister im Kanzleramt, Eckart von Klaeden (CDU), schrieb süffisant zurück, „Pippilotta Viktualia Rollgardina Pfefferminz Efraimstochter Langstrumpf“ habe in der Regierung viele Fans. Sie gelte auch als literarisches Vorbild für die Frauenbewegung. Die Regierung habe also zu danken „für das möglicherweise unbeabsichtigte Kompliment“ von Nahles. Es sei eine „nette Selbststäre“, wenn sich die Regierung unter Berufung auf Pippi als Vorkämpferin für Frauenrechte sehe, reagierte Zimmermann gestern verwundert. Pippi stelle die Gesellschaftsverhältnisse infrage. Zimmermanns Folgerung: „Wenn, dann darf sich Die Linke auf sie berufen!“ Es ist Wahlkampf – „trallier trallahey tralla hoppasas“.

„Wir sind doch keine Schmuttelkinder“

Das StN-Interview Linkspartei-Vize Sahra Wagenknecht über zehn Euro Mindestlohn, den Syrienkonflikt und Vorurteile

Die Linkspartei will sich nach der Bundestagswahl Gesprächen mit der SPD nicht verschließen. Das Ergebnis könne aber nur eine Koalition sein – eine Tolerierung käme nicht infrage, sagt Sahra Wagenknecht.

VON WOLFGANG MOLITOR UND ALMUT SIEFERT

Frau Wagenknecht, politische Gegner bezeichnen Sie als unnahbar. Und nicht nur die. Würden Sie sich selbst auch so charakterisieren?
Nein. Es gibt leider viele Porträts über mich, die von Klischees leben: Unnahbar, kühl und ich weiß nicht was noch. Ich glaube nicht, dass das mein Wesen trifft. In vielen Artikeln geht es um meine Frisur, oder man versucht die Leser negativ einzunehmen, indem man mich als „Kommunistin“ präsentiert. Das ärgert mich schon. Ich möchte mit meinen Argumenten, mit meinen authentischen Positionen wahrgenommen werden – und nicht in Schubladen gepackt werden, und oft genug in die falschen.

Für viele sind Sie das schöne Gesicht eines roten Schreckgespenstes. Ehrte Sie das?
Für manche Politiker und Medien ein Schreckgespenst zu sein kann einen ehren. Aber ich hoffe nicht, dass ich für viele Bürger ein Schreckgespenst bin, das wäre jedenfalls schlimm. Durch die Reaktionen der Menschen habe ich eher das Gefühl, dass ich inzwischen auch bei vielen, die meine Meinung nicht unbedingt teilen, Respekt und Akzeptanz genieße. Früher war das sicher anders.

Die Linke hat in den jüngsten Umfragen ihr Bundestagergebnis von vor vier Jahren noch nicht erreicht. Da waren es 11,9 Prozent. Doch es geht aufwärts. Dabei waren viele politische Beobachter noch vor kurzem der Meinung, dass es für die Linke schwer wird, sich zu behaupten. Was hat zu der deutlichen Erholung Ihrer Partei geführt?
Da kommen mehrere Faktoren zusammen. Zum einen ist die Phase, in der die Linke ein

sehr zerstrittenes Bild abgegeben hat, seit über einem Jahr vorbei. Wir haben uns zusammengerauft. Das war wichtig.

Ist der Streit wirklich Vergangenheit? Oder wird er nach außen hin nur besser versteckt?
Jede Partei hat Flügel. Und in jeder Partei gibt es auch Fragen, zu denen unterschiedliche Meinungen existieren. Entscheidend ist, wie man damit umgeht. Wir wollen kein einheitlicher Block sein, in dem jeder nur noch das Parteiprogramm herunterbetet. Wenn man kulturvoll miteinander diskutiert, bringt uns das nach vorn. Aber die Eckpunkte unseres Wahlprogramms kann jeder in der Linken unterschreiben: ein Mindestlohn von zehn Euro, eine den Lebensstandard sichernde Rente ab 65 zum Beispiel. Schluss mit Leiharbeit und grundlos befristeten Verträgen. Und das sind zugleich Forderungen, die viele Menschen unterstützen. Eine Mehrheit wünscht sich laut Umfragen mehr soziale Gerechtigkeit. Leider haben nicht nur CDU und FDP, sondern auch SPD und Grüne mit ihrer Politik dafür gesorgt, dass es in diesem Land immer ungerechter zugeht, dass die Kluft zwischen oben und unten immer größer geworden ist und die Mitte schrumpft. Seit der Agenda 2010 können viele Menschen von ihrer Arbeit nicht mehr leben, für die Reichen gab es Steuergeschenke, für Normalverdiener eine höhere Mehrwertsteuer, und marode Banken wurden mit unser aller Geld gerettet.

Weil es vermutlich am 22. September für Rot-Grün nicht zum Sieg reicht, wird wieder über eine mögliche rot-rot-grüne Koalition diskutiert. Hat die an Schrecken verloren?
Meines Erachtens würden sich auch viele SPD-Wähler wünschen, dass die SPD ihre Ablehnung dieser Konstellation korrigiert. Denn die SPD verkauft doch ihre Wähler für dumm. Sie sagt, sie wolle einen Mindestlohn und eine Vermögenssteuer, und gleichzeitig schließt sie die einzige realistische Regierungskonstellation aus, mit der sie das umsetzen könnte. Wir hoffen natürlich, dass die Menschen daraus nicht den Schluss ziehen, nicht mehr wählen zu gehen. Sondern dass sie den Schluss ziehen, die Linke zu stärken,

Zur Person

Sahra Wagenknecht

- 1969 in Jena geboren
- 1988 Abitur in Berlin
- März 1989 Eintritt in die SED
- 1990 bis 1996 Studium der Philosophie und Neueren Deutschen Literatur in Jena, Berlin und Groningen
- 2004 bis 2009 Mitglied des Europaparlaments
- Seit Juni 2007 im Vorstand der Linkspartei
- Seit 2010 Vizevorsitzende der Linken (asf)



auch weil das die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass die SPD irgendwann wieder zur Besinnung kommt.

Schließt nur die SPD die rot-rot-grüne Koalition aus? Oder tut dies nicht auch die Linkspartei mit Forderungen wie zehn Euro Mindestlohn, 1050 Euro Mindestrente, 500 Euro Hartz-IV-Satz, Verbot von Rüstungsexporten und Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Müssen nicht auch Sie sich mehr bewegen?
Ich finde zehn Euro Stundenlohn sehr bescheiden. Die Bundesregierung hat selbst ausgerechnet, dass man zehn Euro pro Stunde verdienen muss, um bei einem Vollzeitjob nach 45 Arbeitsjahren eine Rente zu haben, die knapp oberhalb der Grundsicherung liegt. Das ist also keine Fantasiezahl. Zum Beispiel hier in Stuttgart mit zehn Euro Stundenlohn zu wohnen und zu leben – das ist ein verdammt hartes Los.

Halten Sie es auf Sicht für möglich, mit der SPD da in einen offeneren Dialog einzutreten?
Ich sag' mal, wenn die SPD sich irgendwann wieder daran erinnert, was von Bebel bis Brandt sozialdemokratische Politik war,

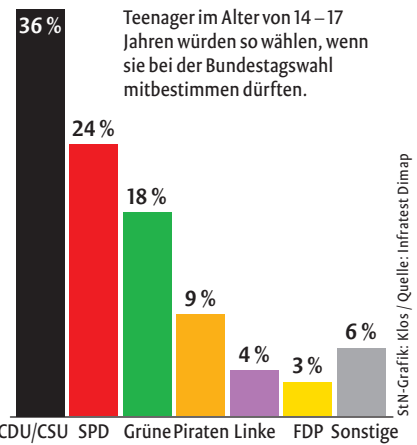
dann gibt es mit uns viele Gemeinsamkeiten. Und sozialdemokratische Politik war früher nicht, Beschäftigte zu Niedriglöhnen zu degradieren oder Arbeitslose zu drangsaliieren, wie das heutige Hartz-IV-System es tut.

Käme wenigstens eine Tolerierung einer rot-grünen Minderheitsregierung für Sie infrage?
Wir haben ja mehrfach im Parteivorstand und im geschäftsführenden Vorstand darüber gesprochen, und es gab keine einzige Stimme, die für eine Tolerierung war. Wir sind alle der Meinung, wenn die SPD mit uns zusammenarbeiten möchte, dann muss man miteinander verhandeln und dann bildet man eine Regierung, wenn die Mehrheiten dafür da sind. Wir sind doch keine Schmuttelkinder, deren Stimmen man haben will, aber mit denen man nicht am Koalitionstisch sitzt.

Das hört sich markig an. Aber in Nordrhein-Westfalen konnten Sie lange ganz gut damit leben.
Das war eine spezielle Situation, wir haben mit der Tolerierung ja auch zunächst mal Dinge durchgesetzt, zum Beispiel die Rücknahme der Studiengebühren. Aber es hat uns auch gezeigt, wenn die Regierung plötzlich umschwenkt und sich ihre Mehrheiten bei der CDU holt, dann ist man völlig machtlos. Auch diese Erfahrung motiviert nicht gerade, dieses Modell noch einmal auf Bundesebene zu versuchen.

Haben Sie die Sorge, dass Ihnen nach der Rede von Barack Obama und nach den neuen Möglichkeiten, einen Militärschlag gegen Syrien zu verhindern, der Rückenwind im Endspurt verloren gehen könnte – immerhin behauptet die Linke, sie sei die letzte Antikriegspartei?
Wir sind sehr froh, dass es erst mal keinen Militärschlag gibt. Ob das auf Dauer so bleibt, ist leider noch nicht ausgemacht. Wir haben immer gesagt: Wir wollen alles daran setzen, den drohenden Bombenkrieg gegen Syrien zu verhindern, der das Leid der Zivilbevölkerung noch weiter erhöhen wird. Die Linke steht für soziale Gerechtigkeit und Frieden – und das sind Themen, die immer hochaktuell bleiben.

So würde Deutschlands Jugend wählen



Jugend tickt links – von wegen

BERLIN (rtr). Die Union ist bei Jugendlichen einer Umfrage zufolge am beliebtesten. Könnten die 14- bis 17-Jährigen am 22. September wählen, würden sich 36 Prozent für CDU/CSU entscheiden, ergab eine Umfrage von Infratest-Dimap. Sie war von dem Projekt „U 18 – Die Wahl für Kinder und Jugendliche“ des Deutschen Kinderhilfswerks in Auftrag gegeben worden. FDP-Chef Philipp Rösler sagte, seine Partei sei lange bei ihren Themen zu stark fokussiert gewesen auf den unternehmerischen Mittelstand. „Wenn Sie jung sind, haben Sie nicht sofort das Thema Steuern drauf.“

65 Prozent der 14- bis 17-Jährigen forderten, sich stärker an politischen Entscheidungen beteiligen zu dürfen. Als politisch „stark interessiert“ bezeichneten sich 23 Prozent. Wahlentscheidendes Thema wäre für elf Prozent die Bildung.

www.KINDER-NACHRICHTEN.de

Was macht ein gutes Wahlplakat aus?

Wer als Politiker oder Politikerin viele Stimmen bekommen möchte, muss Gesicht zeigen



Hallo! Ich bin Paul, der Kinder-Chefreporter

Kinder-Nachrichten
Plieninger Straße 150, 70567 Stuttgart
07 11 / 72 05 - 79 40
kinder-nachrichten@stn.zgs.de

ZUM LACHEN

Zwei Sportsfreunde unterhalten sich in der Umkleidekabine über Politik. Sagt der eine: „Besonders mag ich die Kandidaten auf den Wahlplakaten: Sie sind tragbar, reden kein dummes Zeug und sind leicht zu entfernen.“

Wenn man durch die Straßen geht, kann man sie seit einigen Wochen kaum übersehen: Wahlplakate. Mit ihnen werben Parteien um Aufmerksamkeit und damit um Stimmen für ihre Kandidaten. Deswegen ist auf den Plakaten oft ein Mensch zu sehen: ein Politiker oder eine Politikerin.

„Bei Wahlplakaten gilt: Wer nicht Gesicht zeigt, ist auch nicht da“, sagt Alexander Schimansky. Als Professor für Marketing an der Internationalen Schule für Management in Dortmund weiß er, wie man für Produkte, Ideen oder Personen wirbt.

Bei vielen Plakaten geht es darum, die Politiker überhaupt bekannt zu machen. „Die meisten Politiker kennt man ja gar nicht“, sagt der Experte. Geht ein Mensch später zur Wahl, liegt ein Zettel mit vielen Namen vor ihm. Die Plakatsmacher hoffen: Der Wähler liest die Namen und macht sein



Ob SPD, Grüne, FDP oder CDU: Mit Plakaten wollen sich die Parteien ein Gesicht geben Foto: dpa

Kreuz bei einem, zu dem er ein Gesicht und vielleicht sogar noch einen Spruch dazu im Kopf hat. „Das ist so ähnlich wie im Super-

markt: Wenn ich vor einem Regal mit vielen verschiedenen Getränken stehe, nehme ich am ehesten das, welches ich kenne“, sagt der Werbefachmann.

Bei Politikern, die schon bekannt sind, ist die Sache etwas anders: „Die bräuchten eigentlich keine Plakatwerbung, um in die Köpfe der Menschen zu kommen“, sagt Alexander Schimansky. So ist das etwa bei der Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die kennt in Deutschland schließlich fast jeder. „Bei bekannten Politikern und Politikerinnen geht es darum, dass sie sympathisch wirken, wichtig erscheinen oder seriös“, sagt der Experte. Vor der Wahl wollen sie noch mal einen guten Eindruck machen.

Wahlplakate hängen an Orten, an denen viele Menschen vorbeikommen: an Kreuzungen und auf Marktplätzen zum Beispiel. Die Parteien hoffen, dass die Leute sich die

Plakate dann anschauen. Allzu lange dauert das aber meist nicht. „Menschen sehen Wahlplakate normalerweise nur ein paar Sekunden an“, sagt Alexander Schimansky. Darum schreiben Parteien auch meist keine langen Texte auf die Plakate. Die würde in der kurzen Zeit sowieso niemand lesen. Ein paar wenige Wörter mit der wichtigsten Botschaft genügen.

„Auf den meisten Wahlplakaten ist der Politiker drauf, dazu der Name der Partei und vielleicht noch ein kurzer, aussagekräftiger Satz“, sagt der Fachmann. So etwas wie: Für die Umwelt. Oder: Gegen Krieg. Ein Satz, bei dem man schnell kapiert, worum es geht. Allzu viel Text sei auch gar nicht so wichtig: „Menschen wählen mehr nach Gefühl als nach Argumenten“, sagt der Experte. Sie wählen vor allem Politiker, die ihnen nett oder seriös vorkommen. (dpa)